



28. Januar 2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

anlässlich der Entscheidung des Deutschen Bundestages über die Verlängerung des ISAF (International Security Assistance Force)-Mandats für einen weiteren Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan übersenden wir Ihnen dazu einige Argumente und Informationen.

Fragen	Argumente zum ISAF-Mandat
<p>Warum beteiligt sich Deutschland an dem Einsatz in Afghanistan?</p>	<p>Die Anschläge des 11. September 2001 führten zur Entscheidung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, die Herrschaft der Taliban in Afghanistan zu beenden, damit die mit ihnen verbündeten Terroristen von Al Qaida das Land nicht länger als Basis für weitere Anschläge in aller Welt missbrauchen können. Das deutsche Engagement ist auch ein Zeichen der Solidarität mit den Verbündeten innerhalb der NATO und der internationalen Gemeinschaft. Deutschland steht auch vor seinen Partnern und Verbündeten in der Pflicht, einen Beitrag für die gemeinsamen Anstrengungen in Afghanistan zu leisten. Ein stabiles Afghanistan und die Stabilisierung der Region sind auch für die Sicherheit Deutschlands von großem Belang.</p> <p>Neben der Stabilisierung und der Bekämpfung terroristischer Strukturen in Afghanistan ist die Sicherung Afghanistans wichtig, um Fortschritte bei der Achtung der Menschenrechte in dem Land seit dem Ende der Schreckensherrschaft der Taliban abzusichern. Insbesondere die Situation der Frauen und Mädchen dort hat sich seitdem deutlich verbessert.</p>
<p>Darf Deutschland überhaupt Soldaten in einen solchen Einsatz schicken, der auch als Krieg bezeichnet wird?</p>	<p>Das deutsche Engagement in Afghanistan findet in einem Umfeld statt, das völkerrechtlich als ein „nicht-internationaler, bewaffneter Konflikt“ einzuordnen ist. Formal juristisch betrachtet handelt es sich also nicht um einen „Krieg“, da es nicht um die Auseinandersetzung zweier Staaten geht. Der Einsatz der internationalen ISAF-Truppe ist durch ein Mandat des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen legitimiert. Das Mandat des Deutschen Bundestags stützt sich ausdrücklich auf den Beschluss der Vereinten Nationen. Ferner operierte ISAF auf ausdrückliche Einladung und Wunsch der afghanischen Regierung.</p> <p>Es ist jedoch verständlich, dass vor Ort befindliche Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, die Gewalt und Kämpfe selber erlebt haben, die Situation als „Krieg“ empfinden und dies auch so ausdrücken. Umso wichtiger ist es, dass unsere Soldatinnen und Soldaten spüren, dass ihr persönlicher Einsatz von der deutschen Bevölkerung gewürdigt und unterstützt wird.</p>
<p>Warum muss ein neues Afghanistanmandat be-</p>	<p>Bewaffnete Einsätze deutscher Streitkräfte im Ausland dürfen ausschließlich unter Zustimmung des Deutschen Bundestags erfolgen. Die Mandate für Auslandseinsätze sind in aller Regel auf die Dauer eines</p>

<p>geschlossen werden?</p>	<p>Jahres beschränkt, damit die Einsätze regelmäßig im Bundestag und in der Öffentlichkeit diskutiert, überprüft und neu legitimiert werden. Das derzeitige Mandat wäre am 31. Januar 2011 ausgelaufen, daher war eine Verlängerung für ein weiteres Jahr jetzt notwendig.</p>
<p>Wie viele Soldaten sind derzeit im Einsatz, wie viele werden es künftig sein?</p>	<p>Ende Januar befanden sich 4.924 Soldatinnen und Soldaten im Einsatzgebiet, das Mandat hatte eine Obergrenze von 5.350. Im neuen Mandat sind ebenfalls bis zu 5.350 Soldatinnen und Soldaten vorgesehen. Davon sind 350 eine flexible Reserve, insbesondere um auf besondere Situationen, vor allem im Zuge der Übergabe der Sicherheitsverantwortung, angemessen reagieren zu können.</p>
<p>Wie teuer ist der Einsatz der Bundeswehr am Hindukusch?</p>	<p>Die Kosten belaufen sich mittlerweile auf ca. eine Mrd. Euro pro Jahr für den Einsatz der Bundeswehr. Hinzu kommen die Gelder, welche die Bundesregierung in den Wiederaufbau des Staates investieren (ca. 450 Mio. Euro, siehe unten), um Afghanistan nachhaltig zu stabilisieren und den Menschen dabei zu helfen, die Voraussetzungen für eine lebenswerte Zukunft zu schaffen.</p>
<p>Wie sieht die politische Lösung für einen dauerhaften Frieden in Afghanistan aus?</p>	<p>Grundsätzlich ist es Aufgabe der Afghanen, eine dauerhafte stabile politische Friedenslösung zu entwickeln. Dabei müssen die in der afghanischen Verfassung festgelegten Grundsätze von Demokratie und Menschenrechten beachtet werden. Deutschland unterstützt den Friedensprozess in Afghanistan insbesondere durch Programme, die Kämpfern der Taliban und anderer bewaffneter Gruppen eine Ausstiegsperspektive aus der Gewalt und eine Reintegration in die zivile Gesellschaft ermöglichen. Dazu sollen Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Personen geschaffen werden, die ihre Waffen niederlegen und der Gewalt absagen.</p>
<p>Was ist das Ziel des Einsatzes, damit die Bundeswehr abziehen kann?</p>	<p>Aus deutscher Sicht ist die Herstellung von Sicherheit und Stabilität in Afghanistan oberste Priorität. Von afghanischem Boden darf keine terroristische Gefahr für Deutschland oder andere Länder ausgehen. Ferner sollen die erreichten Verbesserungen bei der Achtung der Menschenrechte in Afghanistan bewahrt und ausgebaut werden.</p>
<p>Wann beginnt der Truppenabzug und wie lange muss die Bundeswehr noch in Afghanistan bleiben?</p>	<p>Die Bundesregierung ist zuversichtlich, im Zuge der Übergabe der Sicherheitsverantwortung die Präsenz der Bundeswehr ab Ende 2011 reduzieren zu können und wird dabei jeden sicherheitspolitisch vertretbaren Spielraum für eine frühestmögliche Reduzierung nutzen, soweit die Lage dies erlaubt und ohne dadurch unsere Truppen oder die Nachhaltigkeit des Übergabeprozesses zu gefährden. Ziel ist, im Jahr 2014 die letzten verbliebenen deutschen Kampftruppen abziehen zu können. Auch nach 2014 wird Deutschland Verantwortung in Afghanistan übernehmen, beispielsweise durch weitere Unterstützung im Bereich Ausbildung und Logistik.</p>
<p>Was hat Schwarz-Gelb am Mandat verändert im Gegensatz zu den Vorgängerregierungen?</p>	<p>Die jetzige Bundesregierung hatte wesentlichen Anteil am Erfolg der Anfang 2010 in London durchgeführten internationalen Afghanistan-Konferenz, auf der ein weitgehender Strategiewechsel beschlossen und eingeleitet wurde. Schwerpunkte sind der Schutz der afghanischen Bevölkerung, die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte und der zivile Wiederaufbau.</p> <p>Afghanistan hat sich im Sommer 2010 zu einer Verbesserung ihrer Regierungsführung verpflichtet. Beim NATO-Gipfel im November 2010 in</p>

	<p>Lissabon hat das Bündnis dann die Perspektive für den Abzug der Kampftruppen sowie die schrittweise Übergabe der Verantwortung für die Sicherheit an die Afghanen bekräftigt. Das Ziel ist, die Afghanen in die Lage zu versetzen, selber für Sicherheit im eigenen Lande zu sorgen.</p> <p>Somit wurden entlang dieser Konferenzen erstmals die Grundlagen für einen politischen Prozess gelegt, der neben den Säulen Sicherheit und Wiederaufbau, die eigentliche Voraussetzung für eine Lösung der Probleme in Afghanistan ist. Darüber hinaus wurde das internationale Vorgehen unter Einbeziehung der afghanischen Regierung besser koordiniert und auf ein Ziel ausgerichtet, so dass jetzt die gebündelten Anstrengungen erste Erfolge zeigen und die Perspektiven für eine Übergabe der Verantwortung eröffnen. Mit dem im Dezember 2010 erstmalig durch eine Bundesregierung vorgelegten Fortschrittsbericht, haben wir jetzt eine realistische Beurteilung unseres Engagements und eine Grundlage von der Fortschritt auch zukünftig wirklich bewertet werden kann.</p>
<p>Was tut Deutschland, um den zivilen Wiederaufbau voranzutreiben?</p>	<p>Ein Markenzeichen der Bundesregierung ist, dass sie das deutsche Engagement für den zivilen Wiederaufbau auf annähernd 450 Mio. Euro im Jahr 2010 nahezu verdoppelt hat. Ein Ausweg aus der Gewaltspirale wird nur möglich, wenn die Menschen für sich eine echte Perspektive für eine friedliche Zukunft erkennen können.</p> <p>Daher hat Deutschland allein in den letzten beiden Jahren bspw. 12.000 Menschen fortgebildet, um ihnen bessere Einkommensmöglichkeiten zu schaffen, 117 km Straßen gebaut, 85.000 Haushalten einen verbesserten Trinkwasserzugang ermöglicht, neun Kleinwasserkraftwerke und zwei Umspannstationen gebaut, wodurch sich der Zugang zu Energie für über 150.000 Personen verbessert hat. Mehr als 42.000 Personen haben von Mikrokrediten profitiert, davon rund 6.000 Frauen und für kleine und mittlere Unternehmen wurden über 450 Kredite vergeben.</p>
<p>Was tun unsere Soldaten im dortigen Einsatz?</p>	<p>Im Schwerpunkt bilden unsere Soldaten dort die afghanischen Sicherheitskräfte aus und schützen die Bevölkerung. Sie sind verantwortlich für die Schaffung eines sicheren Umfeldes, in dem dann die Maßnahmen zum Wiederaufbau und zur langfristigen Stabilisierung greifen können.</p>
<p>Werden die Ausstattungsmängel bei der Bundeswehr abgestellt?</p>	<p>Die erkannten Ausstattungsmängel werden zunehmend abgestellt. Hier gab es seit Amtsantritt der schwarz-gelben Regierung erhebliche Fortschritte, bspw. haben wir Artillerieeinheiten nach Afghanistan verlegt. Allerdings gilt es immer noch Mängel zu beseitigen. Parlament und Wehrbeauftragter begleiten beständig diesen Prozess mit dem Ziel unseren Soldaten alles zur Verfügung zu stellen, was sie zur Erfüllung ihres gefährlichen Auftrages benötigen.</p>

Mit freundlichen Grüßen

Marc Jungnickel
 Pressesprecher und Leiter der Pressestelle
 der FDP-Bundestagsfraktion
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
 Tel.: 030/227-52388
 Fax: 030/227-56778